

**2005**

## **Presseerklärung**

Berlin, den 18. November 2005

### **Bundesverfassungsgericht verfehlt erneut die Rechtsgrundlagen des wiedervereinten Deutschlands**

Durch ein Urteil vom 25. Oktober 2005 des Bundesverfassungsgerichtes wurde der Verfassungsbeschwerde des ehemaligen brandenburgischen Ministerpräsidenten und derzeitigen Bundesverkehrsministers, Manfred Stolpe, gegen die Bezeichnung als Stasi-Mitarbeiter stattgegeben.

Dazu erklärt das Bürgerbüro:

Unbestreitbar auf Grund der Aktenlage ist die Registrierung von Manfred Stolpe durch das Ministerium für Staatssicherheit als IMB (=Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindkontakt) „Sekretär“ unter der Nummer IV/1192/64. Umfangreiche Akten dokumentieren 20 Jahre Zusammenarbeit. Stolpe räumte diese für ihn vorteilhaften Kontakte ein.

Seit 1992 wird in der Politik, in den Medien, in zeithistorischen Untersuchungen, in den Kirchen kontrovers über die Bewertung dieser bis 1992 strikt geheim gehaltenen Kontakte debattiert. Die Vorwürfe sind bekannt und in Veröffentlichungen zugänglich. Die Kritiker Stolpes, die von der kirchenrechtlichen Illegalität und von der politischen Illegitimität dieser Stasikontakte ausgehen, haben Stolpe deswegen als „IM“ bezeichnet, vulgär den Begriff „Spitzel“ verwendet, oder diese Zusammenarbeit umschreibend „im Dienste der Staatsicherheit“ genannt. Diese Debatte kann vom Bundesverfassungsgericht nicht mehr zurückgeholt werden. Äußerungen, Schriften, Bücher müssten im Orwellschen Ausmaß aus dem Verkehr gezogen werden, das Zitationsrecht eingeschränkt und jede politische Äußerung durchleuchtet werden.

Das Bundesverfassungsgericht verlangt, dass im Interesse des Persönlichkeitsrechtes von Stolpe ein sich kritisch Äußernder bei einer künftigen Meinungsäußerung offen legen muss, dass eine gesicherte Tatsachengrundlage für die von ihm aufgestellte Tatsachenbehauptung fehlt. Er könnte also sagen: „Stolpe stand im Dienst der Stasi, aber er bestreitet das.“ Oder er könnte auch erklären: „Stolpe stand im Dienst der Stasi. Aber Lothar Bisky, der selbst mit Stasivorwürfen konfrontiert ist, bestritt dies in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Stolpe-Untersuchungsausschusses im Landtag Brandenburg.“

Diese dem Urteil innewohnende Absurdität rührt aus dem völligen Verkennen der politischen und rechtlichen Grundlagen des wiedervereinten Deutschlands. 1989 fand in der DDR eine friedliche Revolution statt, die die Wiedervereinigung ermöglichte. Der von der ostdeutschen Bevölkerung und der Bürgerbewegung bewirkte Umsturz diente auch der Wiederaufrichtung des Rechtes. Die Bürger sollten durch die Offenlegung der Akten der Diktatur in ihr Persönlichkeitsrecht eingesetzt werden. Die Mitarbeiter der Diktatur sollten aus dem öffentlichen politischen Leben zurücktreten. Aus diesem Willen wuchsen die Stasiunterlagenbehörde und die Debatten um die Stasimitarbeit. Die Verfassungsrichter können offenbar die Erfahrung der Abwesenheit des Rechtes in der Diktatur nicht verstehen. Darum ist ihnen auch die befreiende Erfahrung der Wiederaufrichtung des Rechtes durch die demokratische Revolution verschlossen.

Es handelt sich bei diesem Urteil nicht um den ersten Versuch die Ergebnisse der friedlichen Revolution zu revidieren. So hat das Bundesverfassungsgericht die von der ersten frei gewählten Volkskammer beschlossene Rentenkappung der Systemnahen als verfassungswidrig erklärt. Im Prinzip führen diese Schritte dazu, die friedliche Revolution von 1989 und die Wiedervereinigung 1990 als illegal und rechtsstaatswidrig zu erklären. Tatsächlich wurden die politische Logik und das politische Recht der Herrschenden um der Freiheit willen missachtet und gebrochen. Wer aber die Unfreiheit nicht kennt, weiß auch nicht, dass die Freiheit durch politische Aktionen den Diktatoren abgetrotzt werden muss. Die Rechtsprechung im vereinten Deutschland sollte darum die politischen Befreiungsakte in die Rechtswirklichkeit integrieren, da sie die Rechtsgrundlagen des neuen Staates konstituierten. Der Rechtsstaat benötigt juristisches Personal, das wenigstens einen Bruchteil des Freiheitswillens und der Zivilcourage aufbringt, die 1989 die Verteidiger von Recht von Freiheit an den Tag legten.

Bärbel Bohley  
Vorsitzende

Dr. Ehrhart Neubert  
stellvertretender Vorsitzender

BÜRGERBÜRO e. V.  
Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur  
Bernauer Str. 111 13355 Berlin

## **Bundesminister des Auswärtigen**

Joseph Fischer  
Werderscher Markt 1

**11013 Berlin**

### **Resolution gegen die Ausgrenzung der Opposition in Kuba**

Berlin, den 20.01.2005

Sehr geehrter Herr Außenminister,

Die Europäische Union steht in Verhandlungen mit Kuba, das sich um eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zu den europäischen Staaten bemüht. Es ist bisher zu keiner einheitlichen Lösung gekommen. Kuba hat die Normalisierung nur Staaten gewährt, die keine Oppositionellen mehr in ihre Botschaften einladen.

Das kommunistische Regime in Kuba ist nach wie vor ein staatsterroristisches. Flüchtlinge und Fluchthelfer werden hingerichtet, Dissidenten und Andersdenkende werden unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten, die Bevölkerung in Zwängen und Unmündigkeit gefesselt.

Wer zur damaligen DDR-Opposition gehörte, weiß, wie sehr die Wahrnehmung im Ausland Oppositionelle in sozialistischen Diktaturen schützt. Da die DDR-Regierung Castro stets unterstützt hat, wissen wir uns in einer besonderen Verantwortung. Wir bitten Sie deshalb dringend, eine Instrumentalisierung der europäischen Botschaften für die Unterdrückung der kubanischen Opposition zu verhindern.

Mit dem Verzicht, kubanische Oppositionelle in ihre Botschaften einzuladen, machen sich die freien Länder zu Vollstreckern der typischen Abgrenzungspolitik Castros. Sie sprechen der kubanischen Opposition den Status einer legitimen politischen Kraft ab und nehmen ihr die Möglichkeit der internationalen Kommunikation. Darauf aber ist die Opposition in einem Land, in dem es keine gesetzliche Grundlage für oppositionelle Politik gibt, existentiell angewiesen. Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kuba ist selbstverständlich dem Grundgesetz unterworfen und hat die Gleichheit und Würde aller Menschen, ihre Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung zu achten. Diese Grundnormen politischen Handelns demokratischer Länder werden hier verletzt.

Wir erkennen in diesem politischen Agieren gegenüber der kommunistischen Terrordiktatur in Kuba Restbestände einer Revolutionsromantik Intellektueller, die die Freiheitsbewegungen in den kommunistischen Ländern schon seit dem Ende der sechziger Jahre ignoriert haben. Länder wie Tschechien, die Slowakei und Polen, die die Praxis des Kommunismus durchlitten haben und sich in den Revolutionen von 1989 davon befreiten, verweigern dem Diktator diese Art der Normalisierung.

Wir bitten Sie, uns und die Öffentlichkeit umfassend darüber zu informieren, welche weiteren Vergünstigungen diplomatischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Art dem kubanischen Regime zugestanden wurden.

Wir bitten Sie, die Deutsche Botschaft in Havanna wieder für die demokratische Opposition Kubas zu öffnen und die demokratischen Kräfte im Lande nach bestem Vermögen zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen:

Bärbel Bohley, Vorsitzende Bürgerbüro e.V.  
Dr. Ehrhart Neubert, stellvertretender Vorsitzender des Bürgerbüro e.V.  
Hildegund Neubert, Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen im Freistaat Thüringen  
Vera Lengsfeld, Vorstand Bürgerbüro e.V., DDR-Dissidentin  
Rainer Eppelmann, Bürgerbüro e.V., DDR-Dissident  
Siegfried Reiprich, Vorstand Bürgerbüro e.V., DDR-Dissident  
Dr. Helmut Nicolaus, Vorstand Bürgerbüro e.V.  
Prof. Ines Geipel, Vorsitzende des Autorenkreises der Bundesrepublik  
Freya, Klier, Autorin und DDR-Dissidentin  
Lutz Rathenow, Schriftsteller und DDR-Dissident  
Kurt Drawert, Schriftsteller  
Claudia Rusch, Schriftstellerin  
Udo Scheer, Publizist und DDR-Dissident  
Bernd Wagner, Schriftsteller  
Dr. Uwe Bastian, Bürgerbüro e.V., DDR-Dissident  
Reinhard Linde, Historiker  
Reinhard Klungenberg, DDR-Dissident  
Reinhard Dobrinski, Forum zur Aufklärung und Erneuerung  
Mario Falcke, Spurensuche e.V., DDR-Dissident  
Roland Brauckmann, Sozialer Friedensdienst Dresden  
Hans-Eberhard Zahn, Psychologe, Stasihaftopfer  
Prof. Dr. Heinz-Uwe Haus, Autorenkreis der Bundesrepublik  
Antje Falk, Bürgerbüro e.V.  
Michael Haufe, Bürgerbüro e.V.  
Dr. Hans Krech, Autorenkreis der Bundesrepublik  
Margret Popp, Bürgerbüro e.V.  
Wolfgang Kupke, Bürgerbüro e.V.:  
Bernd Stichler, Bundesvorsitzender Vereinigung der Opfer des Stalinismus  
Dietmar Mokros, stellv. Bundesvorsitzender Vereinigung der Opfer des Stalinismus  
Hugo Diederich, stellv. Bundesvorsitzender Vereinigung der Opfer des Stalinismus  
Hartmut Bartmuß, Pfarrer  
Katrin Passens, Politikwissenschaftlerin  
Jens Planer-Friedrich, Bürgerbüro e.V.  
Maria Nooke, DDR-Opposition  
Doris Liebermann, Journalistin, DDR-Opposition